VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

Auf dem Weg nach Busan: Der internationale Dialog zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit

19

2015 im Gespräch

VENRO-Projekt »Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung«

Inhalt

1. Einleitung – 3

2. Die Rolle der Zivilgesellschaft – 4

3. Herausforderungen auf dem Weg nach Busan – 5
3.1. Wirksamkeit von Entwicklung – 5
3.2. Demokratische Eigenverantwortung – 5
3.3. Befähigende Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft – 6
3.4. Menschenrechte und wirksame Entwicklungszusammenarbeit – 7
3.5. Ergebnisorientierung und Preis-Leistungs-Verhältnis – 7
3.6. Budgethilfe und innerstaatliche Rechenschaftspflicht – 7
3.7. Neue Akteure – 8

4. Ausblick: Der Weg nach Busan – 10

Anhang:

CSOs on the Road to Busan: CSO Key Messages and Proposals – 11

Istanbul Principles for CSO Development Effectiveness – 15

Das VENRO-Projekt ›Perspektive 2015‹ – 17

VENRO-Mitglieder – 18

1. Einleitung

Beim Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit (HLF4) werden vom 29. November bis zum 1. Dezember 2011 in Busan, Südkorea bisherige Fortschritte im Hinblick auf eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit erfasst und neue Schwerpunkte gesetzt. Im Mittelpunkt der Debatte steht dabei die Frage, welches Paradigma die Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft bestimmen wird. Zivilgesellschaftliche Akteure in aller Welt haben sich in globalen Netzwerken organisiert und versuchen, die Debatten um Ansätze, Kriterien und Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit aus ihrer Perspektive zu beeinflussen.

Das Treffen in Busan ist bereits das vierte Treffen im Rahmen eines internationalen Prozesses, dessen Ziel es ist, Entwicklungszusammenarbeit wirksamer zu gestalten. Hintergrund ist die Erkenntnis der Staatengemeinschaft, dass die im Jahr 2001 festgelegten Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zur Verringerung der weltweiten Armut nur mit dem verstärkten Einsatz aller Beteiligten zu erreichen sind. Dazu gehören sowohl die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit als auch deren stärkere Ausrichtung an Wirksamkeitsprinzipien.

Mit der Verabschiedung der Erklärung von Paris haben die beim zweiten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit für Entwicklungszusammenarbeit (HLF2) vertretenen Geber- und Partnerländer, multilateralen Institutionen und Entwicklungsbanken im Jahr 2005 fünf Prinzipien festgelegt (vgl. Kasten 1) und diese mit Indikatoren und konkreten Verpflichtungen für Geber und Partnerländer verbunden. Erweitert wurde die Erklärung von Paris beim bislang letzten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit in Accra im Jahr 2008 (HLF3). Der Aktionsplan von Accra (AAA) baut auf der Erklärung von Paris auf und erweitert sie um Bereiche wie fragile Staaten, neue Geber, Sektoraufgaben und die Zivilgesellschaft, verzichtet aber auf Indikatoren und Zeithorizonte.

Kasten 1: Die Erklärung von Paris

Prinzipien

1. Eigenverantwortung *(ownership):* Unterstützung und Respektierung der Selbstbestimmung der Partnerländer im Entwicklungsprozess
2. Partnerausrichtung *(alignment):* Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit der Geberländer an den Partnerländern und deren entwicklungspolitischen Zielen, Strategien, Strukturen und Prozessen vor Ort
3. Harmonisierung *(harmonization):* Verpflichtung der Geber zu besserer Abstimmung und Komplementarität ihrer Programme sowie einer effektiveren Arbeitsteilung
4. Ergebnisorientiertes Management *(managing for results):* Verwaltung der finanziellen Leistungen und Ressourcen unter der Maßgabe der Ergebnisorientierung und Verbesserung der Entscheidungsprozesse
5. Gegenseitige Rechenschaftspflicht *(mutual accountability):* Verpflichtung von Gebern und Partnerländern zu Transparenz und gegenseitiger Rechenschaftslegung über Verwendung der Entwicklungshilfegelder, um auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Kontrolle zu ermöglichen

Evaluierung

Das Entwicklungskomitee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) hat die Umsetzung der Erklärung von Paris und der AAA im Zeitraum von 2005–2010 in 28 Ländern evaluiert und in über 70 Ländern gemessen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Entwicklungsländer deutlich mehr politisch-institutionelle Veränderungen vorgenommen haben als die Geber. Die besten Fortschritte konnten im Bereich der Stärkung der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer erzielt werden mit schrittweise abnehmender Zielerreichung bei den Themen Partnerausrichtung, Harmonisierung der Geber untereinander und mit den Prioritäten der Partnerländer, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftslegung. Die Ziele von Paris und Accra wurden insgesamt zu etwa einem Drittel erreicht.

Zum Ende November 2011 in Busan stattfindenden HLF4 werden über 2.000 Vertreterinnen und Vertreter von Geber- und Partnerländern sowie aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft erwartet. Die bisherigen Prinzipien und Schwerpunkte einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit sehen sich vor dem Hintergrund neuer politischer Entwicklungen mit einer wesentlich stärkeren Betonung von Wirtschaftswachstum, kurzfristigen Ergebniserwartungen und einer starken Privatsektororientierung in der Entwicklungszusammenarbeit konfrontiert. Dies steht unter anderem im Zusammenhang mit dem gewachsenen Einfluss der G20-Staaten als globalem Koordinierungsgremium, der sich auch in Busan manifestieren wird. Neue asiatische Geber wie Korea und China rücken das asiatische Wachstumsmodell in den Vordergrund. Kredite zu Marktzinsen und liefergebundene Hilfen sind ihre bevorzugten Instrumente, während Bindungen an politische, wirtschaftliche und menschenrechtliche Standards abgelehnt werden.

Doch welche Bedeutung haben das Forum und der damit verbundene Dialog zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit für zivilgesellschaftliche Akteure? Was sind zentrale Konfliktpunkte und Herausforderungen, welche Positionen werden international vertreten und wo liegen Chancen für die Zivilgesellschaft im Prozess zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit? Das vorliegende Papier zeigt Herausforderungen im Vorfeld zu Busan auf und erläutert zivilgesellschaftliche Positionen zu zentralen Fragen des Prozesses zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Ziel ist es, einen Überblick über die Debatte zu geben und die Relevanz des internationalen Dialogs für die Zivilgesellschaft zu verdeutlichen. Abschließend werden die international abgestimmten zivilgesellschaftlichen Positionen des Open Forum for CSO Development Effectiveness und der BetterAid Plattform aufgeführt.

2. Die Rolle der Zivilgesellschaft

Während des HLF2 in Paris war die Zivilgesellschaft kaum vertreten und blieb auch im Ergebnis, der Erklärung von Paris aus dem Jahr 2005, nahezu unberücksichtigt. Beim HLF3 in Accra war die Zivilgesellschaft hingegen mit einem eigenen zivilgesellschaftlichen Forum vor Ort und erhielt auch in der Abschlusserklärung, der AAA, ein größeres Gewicht. Darin wird sie als eigenständiger Entwicklungsakteur anerkannt und die Staaten verpflichten sich dazu, sich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft um befähigende Rahmenbedingungen für deren Arbeit zu bemühen. Die AAA legitimiert damit die Forderung nach beratenden und rechenschaftsorientierten Aufgaben zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ausgestaltung relevanter nationaler Politiken vor allem in den Bereichen Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit. Außerdem regt die AAA eine größere Arbeitsteilung bei der Planung, der Umsetzung und dem Monitoring von Entwicklungsprozessen an und will die Zivilgesellschaft durch die Stärkung ihrer Kapazitäten unterstützen. Schließlich verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten zur Durchführung von nationalen Multistakeholder-Konferenzen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.

International bringt sich die Zivilgesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen in den Dialog zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ein:

Das »Open Forum for CSO Development Effectiveness« ist ein globales zivilgesellschaftliches Netzwerk, das 2008 gegründet wurde, um die Wirksamkeit der eigenen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig vom offiziellen Prozess in den Fokus zu rücken. Es wird von einer Global

Kasten 2: Die Working Party on Aid Effectiveness

Die Working Party on Aid Effectiveness wurde 2003 vom OECD-DAC einberufen und wird seitdem von den Gebern finanziert. Vertreten sind darin 80 Geber- und Partnerregierungen, multilaterale Organisationen, Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und lokale Selbstverwaltung. Die Working Party koordiniert den globalen Dialog über die Wirksamkeit der Hilfe und bereitet das vierte Hochrangige Forum zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit in Busan vor. Sie hat ihre Aufgaben in sechs Arbeitsgruppen (Cluster) und zwölf bis 15 thematische Untergruppen (Task Teams) organisiert. Die Zivilgesellschaft hat zwei Sitze in ihrem Plenum und einen im Exekutivausschuss. Die Working Party wird von dem Niederländer Bert Könders und dem Ägypter Abdel-Malek Talaat geleitet. Das politische Gewicht der Zivilgesellschaft in der Working Party hat sich seit den gesellschaftlichen Umwälzungen in Nordafrika leicht verbessert.

Srilankanerinnen und Srilankaner bei einem Workshop

Facilitation Group koordiniert und hat bereits 75 Multistakeholder-Konferenzen organisiert, aus deren Ergebnissen die »Istanbul-Prinzipien« entwickelt wurden (vgl. Anhang). Aufbauend auf diesen Prinzipien wurde auf der zweiten Generalversammlung des Open Forums in Siem Reap, Kambodscha ein »Internationales Rahmenwerk für die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Entwicklungsarbeit« verabschiedet.

Die »BetterAid« Plattform hat sich beim Weltsozialforum in Nairobi im Jahr 2007 gegründet, um das HLF3 in Accra von zivilgesellschaftlicher Seite vorzubereiten, und vertritt über 1000 Organisationen. Eine Koordinierungsgruppe (BetterAid Coordinating Group – BACG) aus 31 internationalen Netzwerken, nationalen Dachverbänden, internationalen und nationalen Entwicklungs-NRO vertritt die Zivilgesellschaft innerhalb der Working Party on Aid Effectiveness (vgl. Kasten 2) und leitet gemeinsam mit staatlichen Akteuren wichtige Untergruppen, wie zum Beispiel ein Cluster zum Thema Eigenverantwortung und Rechenschaftslegung, oder das »Thementeam zur Wirksamkeit von Zivilgesellschaft und Schaffung von befähigenden Rahmenbedingungen«. Die BACG hat etwa zehn regionale Multistakeholder-Foren in Asien, Afrika, Lateinamerika und den Kaukasus-Ländern durchgeführt und eine Reihe von Positionspapieren erarbeitet, auf deren Grundlage die »Key Messages and Proposals for Busan« erstellt wurden (vgl. Anhang).

3. Herausforderungen auf dem Weg nach Busan

3.1. Wirksamkeit von Entwicklung

Die zivilgesellschaftliche Kritik am Dialog zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich seit langem darauf, dass auch eine verbesserte Entwicklungszusammenarbeit alleine nicht zu Entwicklung führen kann. Statt des engeren Fokus auf die Entwicklungszusammenarbeit fordern zivilgesellschaftliche Akteure deshalb wirksame Entwicklung. Das beinhaltet nachhaltige Veränderungen die sowohl Ursachen als auch Symptome von Armut, Ungleichheit und Marginalisierung betreffen. Aus Sicht der deutschen Zivilgesellschaft hat dabei insbesondere die entwicklungspolitische Kohärenz einen wichtigen Stellenwert. Denn auch wenn Konzepte, Abläufe und Strategien von Entwicklungszusammenarbeit wirksamer werden, berührt dies noch nicht die Ursachen von Armut und Unterentwicklung: So werden für Entwicklungsprozesse entscheidende Probleme des globalen Handels, der internationalen Finanzstrukturen, der Klimagerechtigkeit, der globalen Regierungsführung im Dialog zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit nicht aufgegriffen. Globale Entwicklungsziele können jedoch nur erreicht werden, wenn eben diese Bereiche internationaler Politik entwicklungsfreundlich ausgerichtet werden. Im Gegensatz zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit geht es

Kambodschanerinnen beim Zerkleinern von Feuerholz

bei der Frage nach der Wirksamkeit von Entwicklung deshalb darum, welche Auswirkungen die politischen Handlungen aller Beteiligten auf das Leben armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen haben. Eine nachhaltige Entwicklung, die die Ursachen weltweiter Armut bekämpft, erfordert einerseits eine kohärente Ausrichtung der Finanzmarkt-, Welthandels- und Regierungsführungsstrukturen an den Zielen von Entwicklung. Sie braucht zusätzlich innerhalb eines Landes aber auch das ernsthafte Bemühen, die Menschenrechte für alle zu realisieren, alle Gruppen von Akteuren einzubeziehen und auf demokratischen Verantwortungsprozessen aufzubauen.

3.2. Demokratische Eigenverantwortung

Eigenverantwortung wurde im Kontext der Debatte zur Wirksamkeit der EZ lange Zeit verstanden als die Eigenverantwortung von Regierungen der Entwicklungsländer für die Planung und Umsetzung von Entwicklungsvorhaben. Andere Akteure, wie Parlamente, die Zivilgesellschaft, die lokale Selbstverwaltung oder auch die Wirtschaft, wurden erst bei der Konferenz von Accra als eigenständige Entwicklungsakteure anerkannt. Trotzdem spricht auch die AAA nicht von demokratischer Eigenverantwortung, wie sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert wird, sondern von »Country Ownership«. Demokratische Eigenverantwortung bezieht sich demgegenüber auf die demokratisch verankerte Mitbestimmung der Bevölkerung an Entwicklungsstrategien durch Parlamente, Rechnungshöfe und die Zivilgesellschaft. Dies erfordert zum einen umfassende Beteiligungsrechte für die Parlamente und die Zivilgesellschaft. Von Seiten der Geber erfordert es außerdem Transparenz und die Förderung innerstaatlicher Rechenschaftspflicht in Empfängerländern ebenso wie den Aufbau von Kapazitäten, damit demokratisch legitimierte Institutionen ihre Beteiligungsrechte auch nutzen können. Letztlich tangiert jede Form von Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe die existierenden Verhältnisse zwischen den politischen Akteuren eines Landes. Viele zivilgesellschaftliche Akteure sehen in den auf die Zivilgesellschaft bezogenen Selbstverpflichtungen der AAA eine Chance, Mitspracherechte zu realisieren, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Nutzung natürlicher Ressourcen, der Energiegewinnung oder der Umverteilung von Steuereinnahmen. Sie fordern nun von Geber- und Partnerregierungen die Verankerung demokratischer Eigenverantwortung als zentrales Prinzip einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit.

3.3. Befähigende Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft

Die AAA enthält das Bekenntnis der Unterzeichner, sich für günstige Rahmenbedingungen einzusetzen, unter denen zivilgesellschaftliche Organisationen einen größtmöglichen Beitrag zur Entwicklung leisten können. Dies setzt die Einhaltung international garantierter, fundamentaler Rechte wie der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, der Freiheit zur Tätigkeit ohne staatliche Einmischung, dem Recht zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten sowie der Freiheit der Mittelmobilisierung voraus.

Entgegen der Verpflichtung der AAA belegen jedoch unterschiedliche Studien[1] die zunehmende staatliche Behinderung der Arbeit der Zivilgesellschaft in immer mehr Ländern: Zivilgesellschaftliche Akteure unterliegen administrativen und rechtlichen Beschränkungen, Einschüchterungen und körperlichen Beeinträchtigungen, sie werden sowohl in autoritären als auch in formal demokratischen Staaten stigmatisiert und kriminalisiert. Außerdem werden sie oftmals durch Regierungen und Geber vom entwicklungspolitischen Dialog zur Planung, Umsetzung und Begleitung von Entwicklungsprozessen ausgeschlossen. Das gilt insbesondere für politisch arbeitende Organisationen im Advocacy-Bereich. In einer ganzen Reihe von Ländern, wie zum Beispiel Äthiopien, Sambia, Honduras oder Kambodscha, wurden in den letzten Jahren gesetzgeberische Initiativen erlassen, um zivilgesellschaftliche Initiativen wirksam zu behindern. Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschaftler, Mitarbeiter von NRO und sozialen Bewegungen und ihre Verteidiger und Rechtsanwälte werden zunehmend zur Zielscheibe von Repression, Beschränkungen und Missbrauch.

Eine zentrale Forderung im Hinblick auf Busan ist daher ein klarer und offener Handlungsrahmen, der der Heterogenität der Zivilgesellschaft Rechnung trägt und ihre politischen und operativen Handlungsspielräume ausweitet. Die Staaten haben hier eine Schutzverpflichtung. Betroffen sind insbesondere Fragen der Registrierung und Berichterstattung, aber auch der Besteuerung, von der ganz abgesehen werden sollte.

1 Act Alliance (2011): Changing political spaces of Civil Society Organisations. Geneva: Act Alliance;
Evangelischer Entwicklungsdienst (2011): Civil Society, Aid Effectiveness and Enabling Environment. Political Space of Civil Society Organisations in Africa: The Cases of Burkina Faso, Ghana and Zambia. Bonn: EED;
Poskitt, Adele und Dufranc, Mathilde (2011): Civil Society Organisations in Situations of Conflict. Civicus und Open Forum for CSO Development Effectiveness.

3.4. Menschenrechte und wirksame Entwicklungszusammenarbeit

Menschenrechtsbasierte Entwicklungsansätze beziehen sich auf die UN-Menschenrechtsstandards und zielen darauf ab, im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit Strategien, Aktivitäten und Praktiken zu realisieren, die zur Erfüllung der Menschenrechte beitragen. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht sind solche Ansätze entscheidend, um Entwicklungszusammenarbeit wirksam zu gestalten, da nur so die zugrunde liegenden Ursachen von Armut und Unterentwicklung berührt werden. Das setzt ganzheitliche Entwicklungsansätze voraus, die sich für die Abschaffung von Ungleichheit vor allem beim Zugang zu wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen, von Vulnerabilität, von Diskriminierung und Armut einsetzen, die aber auch ihre Regierungen kritisch zu den Bemühungen befragen, die Menschenrechte zu respektieren, zu fördern und letztlich zu erfüllen. Die Anerkennung armer Menschen als Rechtsträger und die Formulierung entsprechender Pflichten für die Staaten ist daher – verbunden mit den dazugehörigen Mechanismen der Rechenschaftslegung – aus zivilgesellschaftlicher Perspektive entscheidend für eine wirksame Bekämpfung von Armut.

3.5. Ergebnisorientierung und Preis-Leistungs-Verhältnis

Ergebnisorientiertes Management ist eines der fünf Prinzipien, die mit der Erklärung von Paris zum Leitbild wirksamer Entwicklungszusammenarbeit erhoben wurden. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Drucks der Geber, ihre Entwicklungshilfeleistungen gegenüber den Steuerzahlern zu rechtfertigen, nimmt die Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit an messbaren Ergebnissen inzwischen einen prioritären Stellenwert auf der Agenda der Geber ein. Ergebnisorientierung wird dabei zunehmend aus der Perspektive des Preis-Leistungs-Verhältnisses (»value for money«) betrachtet und soll sich durch »results based financing« in der Entwicklungsfinanzierung niederschlagen. Dies ist ein Standpunkt, der besonders auch von der deutschen Regierung vertreten wird. Auf Seiten der Zivilgesellschaft besteht demgegenüber die Sorge, dass diese Perspektive die Aufmerksamkeit vom politischen Kontext ungleicher Machtverhältnisse weg lenkt und Entwicklungszusammen-

Nepalesischer Mann bei der Fahrradreparatur

arbeit als die Erbringung kosteneffizienter Dienstleistungen versteht. Bereits jetzt zeigt sich, dass Projekten mit kurzfristig sichtbaren Ergebnissen, wie zum Beispiel im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung oder in Immunisierungsprogrammen, ein größerer Stellenwert eingeräumt werden soll. Wenngleich die Bedeutung einer effizienten Entwicklungszusammenarbeit außer Frage steht, ist es entscheidend, dass darüber hinaus langfristige Entwicklungsvorhaben, die zum nachhaltigen Aufbau von Institutionen, zur Stärkung der Menschenrechte und zum Empowerment benachteiligter Gruppen führen, nicht aus dem Blick geraten dürfen. Auch die Planbarkeit der Entwicklungshilfe, ein immer wieder vorgetragenes Kernanliegen der Entwicklungsländer, darf nicht zur abhängigen Variable der erreichten Ergebnisse eines Vorhabens werden.

3.6. Budgethilfe und innerstaatliche Rechenschaftspflicht

In der Erklärung von Paris von 2005 und der AAA von 2008 haben sich Geber verpflichtet, Ministerien, Behörden, Ämter und andere staatlichen Strukturen der Entwicklungsländer bei der Durchführung von Projekten und Programmen stärker zu nutzen. Dazu sollen zwei Drittel der Entwicklungshilfe durch Budget-, Sektor- oder Korbfinanzierung an die Regierungen von Entwicklungsländern vergeben werden. Ziel ist es, durch die direkte Unterstützung nationaler Haushalte die Eigenverantwortung der Partnerländer, das öffentliche Budgetmanagement und in der Folge die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Die deutsche Bundesregierung verfehlt das Ziel der Erklärung von Paris deutlich. Insbesondere beim Einsatz von Budgethilfe ist sie ausgesprochen zögerlich: Weniger als vier Prozent ihrer bilateralen Mittel werden als allgemeine und sektorbezogene Budgethilfe vergeben, und diese verteilen sich auf gerade einmal zehn Länder. Aus Sicht der Zivilgesellschaft stellt die Budgethilfe ein wichtiges Instrument dar, um nationale Systeme zu stärken und einen politischen Dialog mit Partnerländern zu entscheidenden Themen wie Menschenrechten, Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit zu führen. Voraussetzung für einen verstärkten Einsatz in der Budgethilfe ist jedoch, dass die innerstaatliche Rechenschaftspflicht in Partnerländern ausgebaut und die Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft an Haushaltsprozessen gestärkt wird.

3.7. Neue Akteure

Der zentrale entwicklungspolitische Akteur der vergangenen vier Jahrzehnte war das Entwicklungskomitee der OECD. In diesem Gremium wird darüber entschieden, was als Entwicklungshilfe gewertet wird, an welchen Prinzipien sie sich ausrichtet, welche Länder Hilfe erhalten oder wie die Zusammenarbeit ausgestaltet wird. Entwicklungsländer, die Zivilgesellschaft, aber auch neue Geber, wie zum Beispiel China, sind darin nicht vertreten. Viele Entwicklungsländer nehmen das Entwicklungskomitee der OECD als einen Geberclub wahr, der mittels der Entwicklungszusammenarbeit seine Interessen im Bereich der Außenpolitik und der Ressourcensicherung verfolgt.

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 hat die Gruppe der G20-Staaten stark an Bedeutung gewonnen und übt durch ihre Mitgliedsländer auch erheblichen Einfluss auf die Debatten der Working Party on Aid Effectiveness aus. Mit der G20-Arbeitsgruppe zur Entwicklung ist ein neues Entwicklungsregime im Entstehen begriffen, dem auch neue Geber angehören, die im OECD-DAC nicht vertreten sind. Viele von ihnen waren lange Empfänger von DAC-geprägter Entwicklungszusammenarbeit, lehnen diese aber heute ab. OECD und Entwick-

lungskomitee werben aktiv dafür, dass neue Geber der G20, die noch nicht Mitglied des Entwicklungskomitees sind, die Effektivität der Führung des DAC in Entwicklungsfragen und die Tragfähigkeit seiner Dialoginstrumente anerkennen und sich daran beteiligen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern statt der bestehenden Gremien eine Entwicklungsarchitektur auf der Grundlage einer inklusiven und partizipativen Organisation, die über klare Rechenschaftsmechanismen und eine stärkere Legitimität verfügt. Über diese sollte auch der Dialog zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit laufen. Gefordert wird eine stärkere Einbeziehung des UN-Forums für Entwicklungszusammenarbeit, das dafür allerdings ausreichend Einfluss und politische Unterstützung erhalten muss, um die Entwicklungspartner zur Verwirklichung ihrer Versprechungen bewegen zu können. Die Zivilgesellschaft verlangt in einem solchen Gremium den gleichen Mitgliedsstatus wie in der Working Party on Aid Effectiveness.

Kasten 3: Die Positionen von Entwicklungs- und Geberländern im Dialog zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit

Der Schwerpunkt der **Entwicklungsländer** liegt in der Anerkennung ihrer Souveränität und Entscheidungsgewalt bei der Planung und Umsetzung von Entwicklungsprozessen. Das beinhaltet u. a. die Übernahme ihrer nationalen Verfahren und Systeme durch die Geber bei der Planung, Beschaffung, Haushaltsführung und Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen sowie der dazugehörigen Rechenschaftslegung. Entwicklungsländer betonen dabei die Bedeutung, die für sie die Transparenz und vor allem die Planbarkeit von Geberzahlungen für die Durchführung nationaler Entwicklungsmaßnahmen hat. Sie fordern die Abschaffung liefergebundener Entwicklungshilfe, darunter auch der technischen Beratung, und ein Ende von an Zahlungen geknüpften wirtschaftlichen und politischen Konditionalitäten. Für die Zukunft setzen sie stärker auf die Entwicklungswirkung von Süd-Süd-Kooperationen. Sie laden neue Geber zur Beteiligung an der Entwicklungsfinanzierung ein und fordern eine größere Bedeutung des UN-Forums für Entwicklungszusammenarbeit. Ihr Bestreben bezüglich der Busan-Konferenz richtet sich vor allem auf die Erneuerung der Selbstverpflichtung der Geberländer, die bisher nicht erreichten Ziele der Erklärung von Paris schließlich doch noch zu realisieren.

Die **Geberländer** haben als Hauptproblem bei der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit die Schwäche der Regierungsführung in den Entwicklungsländern identifiziert. Ihrer Wählerschaft gegenüber sehen sie sich unter Rechtfertigungsdruck. Ihre Prioritäten liegen daher im Kapazitätenaufbau bei Institutionen und Personal sowie in der gemeinsamen Wahrnehmung von Entwicklungsaufgaben durch die Geber unter der Führung der jeweiligen Regierung der Entwicklungsländer. Dabei setzen sie auf Arbeitsteilung sowohl zwischen den Gebern innerhalb eines Landes als auch länderübergreifend und wollen sich besonders um fragile Staaten in Post-Konfliktsituationen kümmern. Im Vordergrund ihrer Strategie für Busan stehen aber die Forderung nach einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis durch eine klare Ergebnisorientierung aller Maßnahmen und eine substantielle Verbesserung der Rechenschaftslegung und Transparenz auf allen Ebenen der Planung und Umsetzung. Gleichzeitig fordern sie eine wesentlich stärkere Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit.

Straßenverkäuferin in Thailand

4. Ausblick: Der Weg nach Busan

Für die globale Zivilgesellschaft bietet das nächste Hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur die Möglichkeit zur Sicherung und Ausweitung eigener Beteiligungs- und Mitspracherechte in Entwicklungsprozessen. Mit dem Aufstieg der G20 stehen auch Auseinandersetzungen um zentrale Themen eines neuen Entwicklungsparadigmas an, das entscheidende Auswirkungen auf die zukünftige Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit haben wird. Damit ein solches Paradigma zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung beitragen kann, müssen in Busan die bisherigen Verpflichtungen auf der Grundlage des Prinzips der demokratischen Eigenverantwortung überarbeitet werden, die Menschenrechtsperspektive gestärkt und zugrunde liegende Armutsursachen bekämpft werden. Zivilgesellschaftliche Akteure fordern die umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft als eigenständige Entwicklungsakteure sowie eine gleichberechtigte und gerechte Entwicklungsarchitektur.

Das HLF4 sollte daher nicht nur dazu genutzt werden, die Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen von Paris und Accra zu erfassen, sondern auch dazu, eine umfassende Reform der Entwicklungszusammenarbeit in die Wege zu leiten, von der die Ärmsten profitieren. Entscheidend dafür ist, dass der politische Kontext von Entwicklung und Armut in den Fokus genommen wird, der Dialog durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft breit verankert und mit messbaren, zeitgebundenen und überprüfbaren Verpflichtungen verbunden wird. Denn ohne konkrete Verpflichtungen sowie einen unabhängigen Prozess zur Überprüfung ihrer Umsetzung wird die Erklärung von Busan, ähnlich wie viele andere internationale Vereinbarungen, bald in Vergessenheit geraten.

Anhang

In cooperation with

Civil society voices for Better Aid

Open Forum for CSO Development Effectiveness

CSOs on the Road to Busan: CSO Key Messages and Proposals

Preamble

CSOs are calling upon all development actors to achieve a bold forward-looking outcome at the Busan Fourth High Level Forum. Substantial progress in four inter-dependent areas of reform is essential for a meaningful and ambitious *Busan Compact on Development Effectiveness:*

a) Fully evaluate and deepen the Paris and Accra commitments;
b) Strengthen development effectiveness through practices based on human rights standards;
c) Support CSOs as independent development actors in their own right, and commit to an enabling environment for their work in all countries; and
d) Promote equitable and just development cooperation architecture.

Each area will require negotiated specific, time-bound and measureable commitments. When taken together, such commitments can build mutual trust, development partnerships and shared accountability for specific actions for both aid and development effectiveness impacts that advance the capacities of poor and highly vulnerable people to realize their rights and achieve the internationally agreed development goals (IADGs).

The international community will come together at the Busan High Level Forum, four short years before the 2015 target year for the Millennium Development Goals, having made only patchy progress on previous aid effectiveness commitments and efforts to achieve the IADGs over the past decade. Indeed many donors are now abandoning their aid volume promises and retrenching the capacities of their aid institutions.

Despite deepening crises of global finance, climate change and food insecurity, the responses of the international community are characterized by profound incoherencies between aid and development policies and those policies guiding trade, investment, debt or climate finance, which are key pillars for enhancing development for ending global poverty.

Civil society organizations worldwide contribute in unique and essential ways to development as innovative agents of change and social transformation. Despite recognition in Accra as »development actors in their own right«, many CSOs are facing policies and practices that are undermining or severely limiting their roles as development actors.

Nevertheless working as the Open Forum for CSO Development Effectiveness, CSOs have made substantial progress, in a global process in which hundreds of CSOs from more than 70 countries participated. CSOs have defined the *Istanbul Principles* and will highlight in Busan commitments in an *International Framework on CSO Development Effectiveness* to strengthen their own effectiveness in development.

CSOs represent a wide range of voices in development policy debates at country and global levels. As full members of the Working Party on Aid Effectiveness, BetterAid, an open platform for all CSOs participating in aid effectiveness processes, is bringing forward a comprehensive agenda for Busan for renewed partnerships for a more just development cooperation system. It will be one that focuses clearly on human rights standards, the centrality of poverty reduction, gender equality, social justice, decent work and environmental sustainability.

CSO are calling upon development partners to...

A) Fully evaluate and deepen the Paris and Accra commitments through reforms based on democratic ownership.

Redress the failure to make progress on Paris and Accra commitments:

Clearly set out the immediate and systemic reasons why more progress on the Paris and Accra commitments has not been achieved. The conclusions of the assessment of Paris and Accra commitments should be based on evidence from all stakeholders and point to key commitments in Busan to assure that prior undertakings are both met and deepened.

Carry forward and strengthen the Paris and Accra commitments through realizing democratic ownership in development cooperation:

- **Establish democratic ownership as the core aid and development effectiveness principle:** Promote meaningful democratic ownership of development policies, planning and actions through full engagement with, and accountability to, all development stakeholders. Citizens' voices and their concerns and rights – from women and men, boys and girls – must be the primary basis for national development plans and actions. Democratic ownership requires strong governance institutions for participation and accountability, with particular attention to the rights of affected and vulnerable populations. Donors and governments should therefore assure protection of civil and political rights, with open and inclusive processes for engagement and accountability with CSOs, local government, parliamentarians, an open media and the private sector.
- **Give priority to inclusive multi-stakeholder policy dialogue:** Carry out regular broad and inclusive multi-stakeholder country-level policy dialogues on development strategies, policies and programs, based on minimum standards and engage the diversity of development actors. Development partners must pro-actively address the shrinking political space and attacks on citizens and their organizations to act and speak collectively.
- **Use country systems as the first option:** Put into practice the Accra commitment to use country systems as the first option by donors in bilateral government-to-government cooperation. Donors must publicly justify with transparent criteria the reasons they choose not to use country systems. In this regard, they must increase the use of program-based approaches, negotiated with transparency and the participation of all development actors, including local governments and parliaments. All development actors should promote participatory, accountable, and transparent country systems to prevent corruption, by signing, implementing and monitoring the UN Convention against Corruption. The use of country systems should fully respect the autonomy and independence of CSOs and should not be used as a justification for restrictions by government on CSO activity.
- **End policy conditionality:** End donor policy conditions attached to aid negotiations and disbursements, including implicit and indirect policy conditions by International Financial Institutions, while fully respecting human rights covenants and conventions. Policy conditionality fundamentally undermines democratic ownership and the right to development. Policy space for alternative and nationally developed policies choices should be guaranteed. Only fiduciary conditions, which are negotiated in a transparent and inclusive manner with mechanisms for public monitoring, ought to be attached to development assistance. Donors and partner governments share international human rights obligations to respect gender equality, women's rights, decent work, children's rights, the rights of indigenous people, and the rights of migrant people.
- **Fully untie all forms of aid:** End all formal and informal practices of aid tying, including food aid and technical assistance, and give preference to local and regional procurement. Local procurement is a prerequisite for developmental impact in the growth of the national productive sector, with more aid funds retained in programme countries. Procurement policies should stress impacts for people living in poverty, social inclusion, environmental sustainability, decent work, in compliance with ILO Conventions.
- **Implement demand-driven technical assistance:** Make technical assistance fully demand-driven, responsive to country needs, ensuring an integrated human rights and gender equality perspective, with precedence given to indigenous expertise sourced through transparent and inclusive processes. Full transparency on the terms and conditions for technical assistance in aid agreements is essential for measurable indicators of demand-driven technical assistance.
- **Address the unpredictability of aid flows:** Deliver on the Accra commitment to improve aid predictability by delivering on predictable three to five year funding tranches. Much more progress on aid predictability is essential if governments are to implement long-term investments in their social systems and economy. Donor-agreed »division of labour« between partner countries must not reduce aid levels for needy and difficult partnerships, and at the country level must be country-led.
- **Orient private sector development for self-sustaining livelihoods:** Ensure private sector participation in

development programs respect democratic ownership and support internationally agreed development goals, sustainable development, decent work and human rights standards. Public funds, especially aid funds, should be prioritized for livelihood and productive economic development with cooperatives and small-scale enterprise, rather than large for-profit initiatives. Private sector support should not undercut (i.e. through privatization conditionality) the legitimate and necessary role of the state in promoting the equitable provision of public goods and services for all.

Implement full transparency as the basis for strengthened accountability and good governance:

- **Create and work with clear inclusive accountability frameworks at country and global levels:** Accountability frameworks should be rooted in country-led processes and mechanisms, and based on the implementation of the UN Convention against Corruption and on strategies to promote good governance and reduce aid dependence. Development cooperation agreements must set out explicit and public targets for individual donors and governments, to which they can be held accountable. Democratic mechanisms for accountability require capacities for robust parliamentary scrutiny and respect for the rights of all development actors, with full inclusion of primary stakeholders. Such mechanisms and capacities are essential for equitable and mutual donor/government accountability.
- **Adhere to and implement the highest standards of openness and transparency by all aid actors:** Implement fully accessible aid transparency mechanisms, consistent with the International Aid Transparency Initiative (IATI) standards, integrated with public budget accountability for all government resources for development. Aid and development effectiveness requires comprehensive, timely, gender-disaggregated and comparable aid information for developing country governments, fully accessible to all citizens in both donor and developing countries. CSOs are working with the *Istanbul Principles on CSO Development Effectiveness* and many country-specific and global initiatives to put in place standards for CSO transparency and accountability.

B) Strengthen development effectiveness through development cooperation practices that promote human rights standards and focus on the eradication of the causes of poverty and inequality.

Commit to and implement rights-based approaches to development:

International human right standards, including the right to development, should inform concrete measures to eradicate the root causes of poverty and inequality and to promote democratic ownership. Human rights standards include non-discrimination (for example, attention to the most marginalized and poor), due diligence (systematically considering conditions affecting the capacities of people to claim their rights), participation and empowerment (enabling affected populations), the inter-dependence of rights (addressing economic, social and cultural rights) and democratic ownership (respect for political rights, accountability and transparency). Ratification of the Optional Protocol to the International Covenant of Economic, Social and Cultural Rights is essential for a rights-based approach.

Promote and implement gender equality and women's rights:

Place gender equality and women's rights at the center for achieving development effectiveness. Strengthen the implementation and monitoring of current gender equality and human rights obligations and commitments of donors and governments, and allocate dedicated resources for their realization. Policies and practices should not only focus on gender mainstreaming, but also on women's rights specific programming, where concrete time-bound targets, sex-disaggregated information, monitoring and accountability mechanisms are put in place, and capacities and resources for women's rights organizations are included. Supporting women's organizations and movements is key to advancing women's rights, gender equality and justice.

Implement the Decent Work Agenda as the cornerstone for socially inclusive and sustainable development strategies:

Carry out employment and livelihood focused economic development strategies based on the recognition of social

and economic rights, with social inclusion, protection and dialogue. Social and economic policies should address the needs for sustainable livelihoods in urban and rural settings and create access to resources especially for the informal sector, for women, and vulnerable segments of society.

C) Affirm and ensure the participation of the full diversity of CSOs as independent development actors in their own right.

Endorse the *Istanbul Principles* and acknowledge the Open Forum's *International Framework on CSO Development Effectiveness* to put these *Principles* into practice:

Endorse the *Istanbul Principles* as a basis for context-specific assessment of CSO contributions to development and for donor and government policies that enable these contributions. The CSO-led Open Forum for CSO Development Effectiveness has elaborated the *International Framework on CSO Development Effectiveness,* with accompanying standards and indicators, to guide CSOs' ongoing voluntary efforts and strengthened accountability to work with these *Principles* in practice.

Agree on minimum standards for government and donor policies, laws, regulations and practices that create an enabling environment for CSOs:

Engage and work with CSOs to implement minimum standards, based on the *Istanbul Principles* and international human rights norms, to enable CSOs to reach their full potential as development actors. CSOs increasingly confront measures by which they are harassed, intimidated and criminalized, undermining the development effectiveness of all development actors. All states are encouraged to cooperate with the recently appointed Special Rapporteur on the Freedom of Assembly and Association. Basic minimum enabling standards must be in keeping with international human rights guarantees, including freedom of association, freedom of expression, the right to operate free from unwarranted state interference, the right to communicate and cooperate, the right to seek and secure funding, and the state's duty to protect. Without a multi-stakeholder agreement to implement standards, it will be difficult for CSOs to be true to CSO development effectiveness principles.

D) Promote equitable and just development cooperation architecture.

Launch an inclusive Busan Compact at HLF4, which brings together specific time-bound commitments and initiates fundamental reforms in the global governance of development cooperation:

Create an HLF4 Busan Compact, consistent with human rights conventions and covenants, which will include an independent and mandatory accountability mechanism for monitoring HLF4 commitments for aid and development effectiveness. The Busan Compact and its mandatory accountability mechanism will involve equally all stakeholders, partner governments, donors, multilateral institutions, parliamentarians, local governments and civil society.

Create an equitable and inclusive multilateral forum for policy dialogue and standard setting:

As an immediate successor to the Working Party on Aid Effectiveness, create an equitable and fully inclusive developing country-led multilateral forum. This forum will have a clear mandate for policy dialogue and standard-setting on development effectiveness and will take account of the important role of the United Nations in these areas. An equitable and just development architecture, based on sovereignty and policy coherence, should be rooted in a multilateral body that ensures legitimacy through membership of all development actors, with full representation of all developing country perspectives. In the preparations for Busan, an inter-institutional agreed division of labour between the Working Party on Aid Effectiveness and United Nations mechanisms, particularly the Development Cooperation Forum (DCF), is essential.

April 2011

www.betteraid.org

Open Forum for CSO Development Effectiveness

Istanbul Principles for CSO Development Effectiveness[2]

Civil society organizations are a vibrant and essential feature in the democratic life of countries across the globe. CSOs collaborate with the full diversity of people and promote their rights. The essential characteristics of CSOs as distinct development actors – that they are voluntary, diverse, non-partisan, autonomous, non-violent, working and collaborating for change – are the foundation for the Istanbul principles for CSO development effectiveness. These principles guide the work and practices of civil society organizations in both peaceful and conflict situations, in different areas of work from grassroots to policy advocacy, and in a continuum from humanitarian emergencies to long-term development.[2]

1. Respect and promote human rights and social justice

CSOs are effective as development actors when they develop and implement strategies, activities and practices that promote individual and collective human rights, including the right to development, with dignity, decent work, social justice and equity for all people.

2. Embody gender equality and equity while promoting women and girl's rights

CSOs are effective as development actors when they promote and practice development cooperation embodying gender equity, reflecting women's concerns and experience, while supporting women's efforts to realize their individual and collective rights, participating as fully empowered actors in the development process.

3. Focus on people's empowerment, democratic ownership and participation

CSOs are effective as development actors when they support the empowerment and inclusive participation of people to expand their democratic ownership over policies and development initiatives that affect their lives, with an emphasis on the poor and marginalized.

4. Promote Environmental Sustainability

CSOs are effective as development actors when they develop and implement priorities and approaches that promote environmental sustainability for present and future generations, including urgent responses to climate crises, with specific attention to the socio-economic, cultural and indigenous conditions for ecological integrity and justice.

5. Practice transparency and accountability

CSOs are effective as development actors when they demonstrate a sustained organizational commitment to transparency, multiple accountability, and integrity in their internal operations.

6. Pursue equitable partnerships and solidarity

CSOs are effective as development actors when they commit to transparent relationships with CSOs and other development actors, freely and as equals, based on shared development goals and values, mutual respect, trust, organizational autonomy, long-term accompaniment, solidarity and global citizenship.

7. Create and share knowledge and commit to mutual learning

CSOs are effective as development actors when they enhance the ways they learn from their experience, from other CSOs and development actors, integrating evidence from development practice and results, including the knowledge and wisdom of local and indigenous communities, strengthening innovation and their vision for the future they would like to see.

2 The Istanbul Principles, as agreed at the Open Forum's Global Assembly in Istanbul, September 28–30, 2010, are the foundation of the Open Forum's Draft *International Framework on CSO Development Effectiveness*. These principles are further elaborated in Version 2 of this *Framework,* which is being updated and will be found on the Open Forum's web site, www.cso-effectiveness.org.

8. Commit to realizing positive sustainable change

CSOs are effective as development actors when they collaborate to realize sustainable outcomes and impacts of their development actions, focusing on results and conditions for lasting change for people, with special emphasis on poor and marginalized populations, ensuring an enduring legacy for present and future generations.

Guided by these Istanbul principles, CSOs are committed to take pro-active actions to improve and be fully accountable for their development practices. Equally important will be enabling policies and practices by all actors. Through actions consistent with these principles, donor and partner country governments demonstrate their Accra Agenda for Action pledge that they »share an interest in ensuring that CSO contributions to development reach their full potential«. All governments have an obligation to uphold basic human rights – among others, the right to association, the right to assembly, and the freedom of expression. Together these are pre-conditions for effective development.

Istanbul, Turkey
September 29, 2010

www.cso-effectiveness.org

Das VENRO-Projekt ›Perspektive 2015‹

Um zur Umsetzung der international vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) beizutragen, führt der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) seit 2001 das Projekt ›Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung‹ durch. Das Projekt zielt darauf ab, den in den MDG festgelegten internationalen Konsens durch zivilgesellschaftliche Beiträge zu verbreiten, politisch zu stärken und im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren weiterzuentwickeln.

Das Projekt besteht im Wesentlichen aus den folgenden Komponenten:

1) Der monatlich erscheinende Newsletter ›2015 aktuell‹ berichtet in knapper Form über Neuigkeiten in der internationalen Debatte rund um die MDG und über Aktivitäten seitens der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu dem Thema. Der Newsletter kann über die Projekt-Webseite abonniert werden.

2) Unter dem Titel ›2015 in der Praxis‹ werden in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Düsseldorf Länderprofile bereitgestellt, die über die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Armutsbekämpfung in Ländern des Südens informieren.

3) Die Publikations- und Veranstaltungsreihe ›2015 im Gespräch‹ diskutiert grundsätzliche sowie aktuelle Themen, die für die fristgerechte Verwirklichung der MDG von Interesse sind. Die bisherigen Titel der Reihe lauten:

- Nr. 1: ›Armut bekämpfen – Gerechtigkeit schaffen‹
- Nr. 2: ›Entwicklung braucht Finanzierung‹
- Nr. 3: ›Globale Armut – Europas Verantwortung‹
- Nr. 4: ›PRSP – Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlicher Beteiligung‹
- Nr. 5: ›Handel – Ein Motor für die Armutsbekämpfung?‹
- Nr. 6: ›Armutsbekämpfung und Krisenprävention‹
- Nr. 7: ›Wie kommen die Armen zu ihren Rechten? Armutsbekämpfung und Menschenrechte‹
- Nr. 8: ›Verdoppelung der Hilfe – Halbierung der Armut. Die Internationale Finanzfazilität – Neue Zauberformel der Entwicklungsfinanzierung?‹
- Nr. 9: ›Die Millenniumsziele in Reichweite? Eine Bewertung des entwicklungspolitischen Ertrags des Entscheidungsjahrs 2005‹
- Nr. 10: ›Welche Konditionalitäten braucht die Entwicklungszusammenarbeit?‹
- Nr. 11: ›Ausländische Direktinvestitionen – Königsweg für die Entwicklung des Südens?‹
- Nr. 12: ›Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation – passt das zusammen?‹
- Nr. 13: ›Die zweite Weltkonferenz für Entwicklungsfinanzierung in Doha‹
- Nr. 14: ›Menschenwürdige Arbeit als Beitrag zur Armutsbekämpfung‹
- Nr. 15: › Zehn Jahre strategische Armutsbekämpfung – Zwischenbilanz und Perspektiven ‹
- Nr. 16: ›Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft – Zwischen Konfrontation und Kooperation‹
- Nr. 17: ›Die Millenniumsentwicklungsziele 2010: Erfolge und Handlungsbedarf‹
- Nr. 18: › Entwicklungsfinanzierung: alte Versprechen und neue Wege ‹

4) Unter dem Titel ›2015 auf dem Campus‹ findet zweimal im Jahr eine Veranstaltung zu den Projektthemen in Kooperation mit wechselnden Hochschulen statt. Außerdem wurden drei Studien auf der Grundlage von Studienabschlussarbeiten veröffentlicht:

- Nr. 1: ›Rücküberweisungen von ArbeitsmigrantInnen als Ausweg aus der Armut? – Eine Studie am Fallbeispiel des indischen Bundesstaats Kerala‹
- Nr. 2: ›Exportförderzonen als Entwicklungsmotor? Erfahrungen aus der Bekleidungsindustrie in Choloma, Honduras‹
- Nr. 3: ›Bildung als Schlüssel der Armutsreduzierung? Bildungspolitische Maßnahmen im Rahmen der Poverty Reduction Strategies in Ghana und Sambia‹

Alle erschienenen Publikationen können auf der Website ›www.2015.venro.org‹ herunter geladen werden sowie kostenlos in gedruckter Form bestellt werden. Nr. 2–7 der Reihe ›2015 im Gespräch‹ sind auch in einer englischen Übersetzung erhältlich.

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert. Es ist in Berlin angesiedelt und wird durch Claus Körting (Projektleiter) und Merle Bilinski (Projektreferentin) betreut.

Adresse:
VENRO Büro-Berlin
Projekt ›Perspektive 2015‹
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 28 04 66-70/-71
Fax: 030 / 28 04 66-72
E-Mail: berlin@venro.org
Internet: www.2015.venro.org

VENRO-Mitglieder (Stand: August 2011)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland*
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International

- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung

- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland

- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge*
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm

- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

- FIAN-Deutschland

- Gemeinschaft Sant'Egidio
- Germanwatch

- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica

- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland

- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)

- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe

- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke

- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*

- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
- NETZ Bangladesch

- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland

- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland

- Rhein-Donau-Stiftung*

- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany

- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair

- UNO-Flüchtlingshilfe

- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung

- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 117 Mitglieder

* Gastmitglied

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28 / 9 46 77-0
Fax: 02 28 / 9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

VENRO Projektbüro Berlin
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 28 04 66-70
Fax: 030 / 28 04 66-72

E-Mail: berlin@venro.org
Internet: www.2015.venro.org

Mit finanzieller Unterstützung des
Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Autor/innen: Peter Lanzet (EED) und Merle Bilinski (VENRO)
Redaktion (verantwortlich): Merle Bilinski und Claus Körting
Mitarbeit: Silja Emmel

Fotos: Jessie Reeder/Flickr (Titel), HelpAge/Flickr (S. 5), A_E_P/Flickr (S.6),
Eileen Delhi/Flickr (S.8), Ronn Ashore/Flickr (S.10)
Satz & Layout: Petra Strauch
Druck: Druckerei Engelhardt, Neunkirchen

Auflage: 1000 Stück

Bonn und Berlin, August 2011

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO
- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org